Bündnis 'Kein Freibrief für Steuerbetrüger'

Bündnis "Kein Freibrief für Steuerbetrüger"

Nach Aus für Steuerabkommen: Mit voller Kraft gemeinsam gegen Steuerflucht
Nach Scheitern des Steuerabkommens mit der Schweiz müssen Bund und Länder sich für europäische Lösung stark machen / Schweiz muss automatischen Informationsaustausch einführen / Große Lücken bei der Bekämpfung von Steuerflucht in Deutschland
Nach dem endgültigen Aus für das Steuerabkommen mit der Schweiz im Vermittlungsausschuss fordert das Bündnis "Kein Freibrief für Steuerbetrüger" ein einheitliches europäisches Vorgehen gegen Steuerflucht. "Bundesfinanzminister Schäuble muss jetzt einsehen, dass sein bilateraler Amnestievertrag ein für allemal gescheitert ist", sagt Susanne Jacoby vom Kampagnennetzwerk Campact im Namen des Bündnisses.
"Stattdessen müssen sich Bund und Länder für ein geschlossenes Vorgehen aller EU-Mitgliedsstaaten einsetzen und mit voller Kraft gemeinsam gegen Steueroasen vorgehen. Das Beispiel USA zeigt, dass dies auch in der Schweiz Wirkung zeigt."
"Eine zukunftsfähige Vereinbarung mit der Schweiz muss einen automatischen Informationsaustausch beinhalten - am besten im Rahmen der EU-Zinsrichtlinie", ergänzt Markus Henn vom Tax Justice Network. "Noch vor zwei Jahren hat Schäuble selbst einen Informationsaustausch mit der Schweiz gefordert. Das Scheitern des anonymen Amnestie-Abkommens macht den Weg dafür jetzt frei."
"Nicht nur auf internationaler Ebene, auch in Deutschland gibt es bei der Bekämpfung von Steuerbetrug noch große Lücken. So muss etwa die Steuerfahndung mit mehr Personal gestärkt und ein Unternehmensstrafrecht eingeführt werden, um Banken für die Beihilfe zur Steuerhinterziehung strafrechtlich belangen zu können", fordert Detlev von Larcher von Attac.
Mehr dazu im Bündnis-Maßnahmenkatalog gegen Steuerflucht:
  http://bit.ly/massnahmenkatalog
Das Kampagnenbündnis "Kein Freibrief für Steuerbetrüger" wird getragen vom Kampagnennetzwerk Campact, Tax Justice Network, Attac Deutschland, der Verdi-Fachgruppe Finanz- und Steuerverwaltung, der Initiative Vermögender für eine Vermögensabgabe, Medico International und dem Südwind-Institut. Den Appell des Bündnisses gegen das Steuerabkommen unterzeichneten im Internet mehr als 110.000 Menschen (https://www.campact.de/steuerflucht/ oder http://www.attac. de/aktuell/steuerflucht/online-aktion).

Pressekontakte:
Markus Henn, Tax Justice Network/WEED, markus.henn@weed-online.org,
0176-376 30 916
Susanne Jacoby, Campact, jacoby@campact.de , 04231-957 457
Detlev von Larcher, Attac Deutschland, detlev. larcher@attac.de ,
0160-9370 8007
Frauke Distelrath
Pressesprecherin Attac Deutschland
Post: Münchener Str. 48, 60329 Frankfurt/M
Tel.: 069/900 281-42; 0151/6141 0268
Mail: presse@attac.de , Fax: 069/900 281-99
<img src="http://www.pressrelations.de/new/pmcounter.cfm?n_pinr_=517287" width="1" height="1">

Pressekontakt

Attac Deutschland

60329 Frankfurt/M

presse@attac.de, Fax: 069/900 281-99

Firmenkontakt

Attac Deutschland

60329 Frankfurt/M

presse@attac.de, Fax: 069/900 281-99

Attac - die französische Abkürzung für Vereinigung zur Besteuerung von Finanztransaktionen im Interesse der BürgerInnen ? wurde 1998 in Frankreich gegründet. Lag der ursprüngliche Fokus von Attac in dem Eintreten für eine demokratische Kontrolle der internationalen Finanzmärkte und der Einführung der Tobin-Steuer, so haben wir uns mittlerweile der gesamten Problematik neoliberaler Globalisierung angenommen.Mit 90.000 Mitgliedern in 50 Ländern versteht sich Attac als Teil dieser globalen Bewegung. Auch in Deutschland bildet Attac ein breites gesellschaftliches Bündnis, das von ver.di und der GEW über den BUND und Pax Christi bis zu kapitalismuskritischen Gruppen unterstützt wird. Immer mehr Menschen unterschiedlicher politischer und weltanschaulicher Herkunft werden in den mittlerweile über 160 Attac-Gruppen vor Ort aktiv.Attac versteht sich als Bildungsbewegung mit Aktionscharakter und Expertise. Über Vorträge, Publikationen, Podiumsdikussionen und eine intensive Pressearbeit werden die komplexen Zusammenhänge der Globalisierungsthematik einer breiten Öffentlichkeit vermittelt und Alternativen zum neoliberalen Dogma aufgezeigt. Mit Aktionen soll der notwendige Druck auf Politik und Wirtschaft zur Umsetzung der Alternativen erzeugt werden.